



# Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V.

Geschäftsstelle: 7500 Karlsruhe 21

27. März 1979

## P r e s s e e r k l ä r u n g

zum wissenschaftlichen Gorleben-Hearing in Hannover

Morgen beginnt in Hannover das von der niedersächsischen Landesregierung veranstaltete einwöchige "Gorleben Internationa Review".

Ministerpräsident Albrecht hat in der Vergangenheit mehrfach betont, daß die Ergebnisse des Hearings die Entscheidung der Landesregierung zur Genehmigung des "nuklearen Entsorgungszentrums"(NEZ) wesentlich beeinflussen würden.

Heute, einen Tag vor Beginn des Hearings, wird eine Strategie der Landesregierung deutlich, die die Veranstaltung als ein politisches Alibi entlarvt und in der kritische Wissenschaftler als Beweis für die angebliche Pluralität der politischen Entscheidungsträger herhalten müssen.

- Den 25 kritischen Wissenschaftlern wurden längst veraltete Unterlagen als Arbeitsmaterial zur Verfügung gestellt. Ein Zugang zu den umfangreichen neuen Materialien wurde ihnen nicht gestattet. Diese Vorgehensweise lässt den Schluss zu, daß die fachlichen Kritiken der Wissenschaftler zwar zur Kenntnis genommen, aber jeweils mit Hinweis auf den neueren (nicht zugänglichen) Planungsstand abgeschmettert werden sollen.
- Das Hearing könnte nur dann sinnvoll sein, wenn der zwischen Befürwortern und Kritikern auftretende Dissens wissenschaftlich und ohne Zeitdruck aufgearbeitet und ggf. ausgeräumt würde. Ein solcher Prozess der Klärung ist nicht vorgesehen. Schiedsrichter wird die Landesregierung sein.
- Organisation und Ablauf des Hearings bestätigen, daß den Veranstaltern nicht an einer Klärung offener Fragen gelegen ist:

Das Hearing wird von Carl-Friedrich von Weizsäcker geleitet, der bereits aufgrund "subjektiver Betrachtungsweise"(eigenes Zitat) auf die Erkenntnis festgelegt ist, daß die zivile Nutzung der Kernenergie notwendig und das Risiko vertretbar ist.

Die Kritiker wurden auf vielfache Weise vertraglich geknebelt (Veröffentlichungsfrage). Auf die Programmgestaltung hatten sie keinen Einfluss, Programmänderungsvorschläge wurden abgelehnt.

In den zur Verfügung stehenden Unterlagen fehlen wesentliche Teile und prüffähige Daten, so z.B. Risikoanalysen. Einige Unterlagen wurden verspätet zur Verfügung gestellt und somit eine fundierte Prüfung unmöglich gemacht.

Die verantwortlichen Planer der DWK, ebenso wie die Fachleute der Reaktorsicherheitskommission und der Strahlenschutzkommission nehmen nicht am Hearing teil.

Für umfangreiche Fachgebiete ist eine Diskussionszeit von 90 Minuten(!) vorgesehen. Und das bei einer Beteiligung von 100 Wissenschaftlern.

Das Hearing kann aufgrund unzureichender Planungen und/oder unzugänglicher Unterlagen zu folgenden wichtigen Bereichen keine Klärung bringen:

- Ökologische Belastungsfaktoren
- Ökonomische Vertretbarkeit
- Alternativen zum integrierten Entsorgungskonzept
- Alternativen zur Fortschreibung des Atomprogramms

Vertreter der DWK haben mehrfach betont, es gehe nicht mehr darum, ob in Gorleben gebaut, sondern wie und wann gebaut werde. Die Betreiberseite weiß bereits jetzt, daß während des Hearings "nur die altbekannten Argumente der Kernenergiegegner auf den Tisch kommen."

Die Politik ist wieder einmal in dem Zwang, wirtschaftliche Entscheidungen nachträglich legitimieren zu müssen.

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz fordert:

- Die vollständige und umgehende Veröffentlichung aller Unterlagen und Ergebnisse des Hearings.
- Die laufende Veröffentlichung aller Antragsunterlagen und Sicherheitsberichte.
- Die Auswertung des Hearings durch unabhängige Wissenschaftler.
- Einen sofortigen Stop aller Bauvorbereitungsarbeiten in Gorleben.

Der BBU bittet die am Hearing beteiligten kritischen Wissenschaftler, sich nicht als Alibi für politische Fehlentscheidungen mißbrauchen zu lassen und sich am Hearing nicht ohne angemessene Bedingungen zu beteiligen, die sicherstellen, daß ihre Argumente gehört und in Entscheidungen einbezogen werden.

B B U

i.A. 